

Liebe Freundinnen und Freunde

Ich begrüße Sie zu unserer heutigen Landesversammlung des BUND Thüringen und freue mich dass wir heute

- **Herrn Stefan Wolf** den Oberbürgermeister der Stadt Weimar
- **Herr Prof. Dr. Thöne den Abteilungsleiter** Forsten und Naturschutz im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
- Die Abgeordneten des Thüringer Landtages
Dr. Frank Augsten (Bündnis90/Die Grünen)
Dirk Adams (Bündnis90/Die Grünen)
Thilo Kummer (Die Linke)
Eleonore Mühlbauer (SPD)

Besonders freue ich mich, dass wir heute **Herrn Jochen Dettmer**, Bundesgeschäftsführer Neuland e.V. begrüßen können, der heute einen Vortrag zum Thema „EU Agrarpolitik Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ halten wird.

Die Katastrophe in Japan hat auf leidvolle Weise deutlich gemacht:

Atomkraft ist gefährlich – eine Brückentechnologie, die ins Unglück führen kann.

Offensichtlich sind der Bundesregierung die Interessen der Stromkonzerne wichtiger als die Sicherheit der Menschen im Lande und wichtiger als der Schutz des Klimas. Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung – und am Bundesrat vorbei – hatte sie die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen.

Das jetzt vollzogene Aussetzen der Verlängerung ist keine Lösung, sondern nur eine Problemverschiebung. Die Laufzeitverlängerung muss vom Tisch, die Atomkraftwerke müssen schnellstens abgeschaltet werden! Wir wollen raus aus einer Technologie

- die ein verheerendes Unfallrisiko birgt,
- den dringend notwendigen Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und
- tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet.

Nicht lavieren. Atomkraftwerke abschalten. Jetzt!

Die Alternativen zur Risikotechnologie Atomkraft sind längst da, sie müssen nur durchgesetzt werden. **Aber genau dies** wollen die großen Stromkonzerne verhindern. Deshalb wollen sie die Erneuerbaren Energien ausbremsen.

Wir werden dafür kämpfen, dass die Erneuerbaren Energien

weiter ausgebaut werden und Vorfahrt im Netz behalten – damit die Atomkraftwerke endlich zurückgedrängt werden!

Das Moratorium der Bundesregierung zum Atomausstieg ist ein Treppenwitz. Nachdem uns immer wieder etwas von Versorgungssicherheit gepredigt wurde, konnten quasi von heute auf morgen 7 Meiler vom Netz genommen werden, ohne, dass wir Energie-Engpässe gehabt hätten.

Ich frage mich, wie verantwortungslos die Bundesregierung mit unserem Leben und unserer Umwelt umgeht. Die Überprüfung der Sicherheit der Kernreaktoren hätte bereits vor der Laufzeitverlängerung erfolgen müssen. Dies wiegt umso schlimmer, als die Mängel der alten Reaktoren der Bundesregierung seit langem bekannt sind. Unabhängig davon, ist jedem klar, dass innerhalb von drei Monaten eine Sicherheitsüberprüfung von sieben oder acht Atomkraftwerken gar nicht möglich ist.

Wir, der BUND, engagieren uns auf vielen Ebenen gegen Atomkraft und für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung – regional, bundesweit, in Brüssel und bei internationalen Verhandlungen.

Als neues Gespenst taucht die Forderung nach einem massiven Netzausbau, sowohl im Hinblick auf die Starkstromtrassen als auch auf die Verteilnetze aus. Dabei sollen Beteiligungsrechte, die wir erkämpft haben, zurückgedreht werden. Die Regierungskoalition in Berlin nennt das: **beschleunigten Netzausbau**.

In den kommenden zehn Jahren sollen in Deutschland bis zu 3.600 Kilometer neue Leitungen gebaut werden. Mit ihnen soll vor allem der Ökostrom aus dem Norden – unter anderem von den zahlreichen Windparks – in den Süden geleitet werden.

Oft berufen sich diese Planungen auf die sogenannte dena II Studie. Diese wird wie eine Bibel vor sich hergetragen.

Ziel der Studie war es den Modernisierungs- und Ausbaubedarf des deutschen Stromnetzes transparent zu skizzieren.

Die Studie liefert **jedoch** nicht den notwendigen Beitrag zur Entschärfung des Infrastrukturengpasses.

Man hat den Eindruck, dass diese Studie nur ein Ziel hatte: Die Netzbetreiber entwerfen den Netzausbau für sich selbst. Die zugrundeliegenden Daten sind für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Auf diese Weise rückt die notwendige Akzeptanz für die Infrastrukturprojekte in weite Ferne.

Das Ausbauszenario geht von fragwürdigen Voraussetzungen aus.

Zunächst erst einmal ist sie der Ideologie eines steigenden Energiebedarfes unterworfen. **Diese Wachstumsideologie ist eine Ideologie von gestern.** Die Auswirkungen des Klimawandels sind deutlich spürbar. Finanzmarktkrise, Rohstoffknappheit und steigende Armut zeigen, dass ein Leben auf der Überholspur auf Kosten der Umwelt und von uns allen geht. Das große Thema heißt Energieeffizienz und Energieeinsparung. Dieses Thema wird völlig ausgeblendet.

Es stimmt zwar, dass der Stromverbrauch in Deutschland seit 1990 nahezu kontinuierlich gestiegen ist. In den wichtigsten Verbrauchssektoren waren bis zum Jahr 2008 Steigerungen zwischen 15 und 22 Prozent zu verzeichnen. Lediglich 2009 ist der Strombedarf krisenbedingt zurückgegangen.

Die ungenutzten Potenziale zur Steigerung der Stromeffizienz in Deutschland sind jedoch enorm: Durch politische Maßnahmen ließe sich bis zum Jahr 2020 ein wirtschaftliches Einsparpotenzial von mindestens 70 TWh mobilisieren, was rund 14% des Stromverbrauchs des Jahres 2009 entspricht.

Als "Nebeneffekt" ließen sich dadurch etwa 43 Mio. Tonnen CO₂ jährlich vermeiden. Und es würde ein Beitrag zur Schaffung von etwa 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geleistet.

Auch bleibt eine Grundannahme bestehen, dass wir eine zentralisierte Energieversorgung haben müssen. Aber genau das Gegenteil muss passieren. Wir stehen vor einem gravierenden Umbau der Energieversorgung. Jetzt wäre der Zeitpunkt eine stärkere Regionalisierung der Energieversorgung voranzubringen. Und zwar so voranzubringen, dass die Bürger vor Ort die Nutznießer sind.

- Nutznießer als Eigentümer dieser Anlagen.
- Nutznießer als Verbraucher der in Ortsnähe erzeugten Energie und
- Nutznießer, der nicht durch Starkstromtrassen zerschnittenen Umwelt.

Dezentral, regional, regenerativ - jedes Haus ein Kraftwerk!
Megablöcke umstellen auf Miniblockheizkraftwerke!

Im Kleinen liegt die große Zukunft

Auch der Untersuchungszeitraum ist umstritten. Die dena II-Studie skizziert den Ausbaubedarf des Stromnetzes bis 2020. Angesichts der langen Planungs- und Umsetzungszeiträume ist

dieser zeitliche Rahmen eine Illusion.

Nötig ist eine nachhaltige Infrastrukturplanung, die von einem langfristigen Ziel her denkt. Deutschland braucht eine Planung, die einen Zeithorizont bis 2050 spannt und von einem Energiesystem auf Grundlage erneuerbarer Energien ausgeht.

Netzoptimierung muss vor Netzverstärkung und diese vor Netzausbau kommen.

Man hat wirklich den Eindruck in der Bundesregierung sitzen nur Zukunftsatheisten.

Sie wissen was los ist, aber sie glauben nicht daran.

Und genau so machen sie Politik. Die Wahlergebnisse und die massenhaften Proteste der Menschen auf den Straßen sind Ausdruck einer Politik, die an den Menschen vorbeiregiert.

Die FDP hat ihre Quittung schon bekommen. Und die CDU muss aufpassen, dass ihr nicht auch das gleiche Schicksaal bevorsteht.

Wer mit der Laufzeitverlängerung spielt, riskiert eine Verkürzung der Regierungszeit.

Aber was wirklich fehlt ist ein europäisches Gesamtkonzept. Was wir brauchen ist ein echtes Energieeffizienzgesetz. Dabei sollten mindestens umgesetzt werden:

1. Ein festgeschriebenes, absolutes Einsparziel zur Senkung des Primärenergieverbrauchs um mindestens 2% pro Jahr
2. Ein gut ausgestatteter Energieeffizienzfonds, der die Einsparpotentiale bei der Energieeffizienz in vielen Bereichen erschließt
3. Ein nationales „Top-Runner-Programm“, um hocheffiziente Technik am Markt vorrangig zu fördern.

So sieht Politik für die Menschen aus. Machen wir uns stark für eine nachhaltige Energieversorgung, die dem Wohle der Menschen dient und nicht der Profitmaximierung einiger weniger.